



Finanzpolitisches Nein zum Gripen

Referat von Daniel Vischer, Nationalrat Grüne, Mitglied FK-N

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Gripen ist kein Papiertiger, sondern ein Papierflieger! In finanzpolitischer Hinsicht ist der Kauf von 22 Gripen bei der Firma Saab unter keinem Titel vertretbar. Schon alleine der Kaufpreis von 3,126 Milliarden Franken passt nicht in die finanzpolitische Landschaft des Bundes. Kommt dazu: Über die gesamte Lebensdauer (35 Jahre) ist mit Kosten von 10 Milliarden Franken zu rechnen – und nicht mit 6 Milliarden, wovon das VBS ausgeht.

Bundesrat Maurer beruft sich bei der Berechnung der Gesamtkosten auf die bisherigen Erfahrungen namentlich mit den Kosten für die 32 F/A-18. Die jährlichen Kosten inklusive Elektronik, Waffen, Simulator und Werterhalt nebst Kosten für Instandhaltung, Personal, Treibstoff und Immobilien betragen umgerechnet rund 250 Millionen Franken pro Jahr. Rechnet man diese auf 30 Jahre hoch, gelangt man zu einer Verdreifachung, nicht einer Verdoppelung des Kaufpreises, mithin 10 Milliarden (s. WOZ Nr. 13 S.3). Die Finanzkommission hat leider mehrheitlich eine Preisprüfung sowie eine Überprüfung der jährlichen Betriebskosten durch die eidgenössische Finanzkontrolle abgelehnt. Sie wusste schon warum.

Diese Gripenmilliarden sind unverkraftbar. Denn die finanzpolitische Situation des Bundes befindet sich in Schieflage. Die Unternehmenssteuerreform II führte - nebst anderen Steuerbegünstigungsvorlagen - zu absichtlich verschleierte Einnahmeausfällen. Die Unternehmenssteuerreform III wird absehbar zu weiteren Ausfällen in Milliardenhöhe führen. Dazu kommen mögliche weitere Einnahmeverluste durch die Abschaffung der Heiratsstrafe oder die Aufhebung der Stempelabgabe. Derzeit wird mit dem KAP ein Spar- und Konsolidierungspaket aufgelegt, das zu Ausgabeneinsparungen von insgesamt 700 Millionen Franken im Jahr führen soll. Von den Einnahmeausfällen betroffen sind auch die Kantone und Gemeinden, wo bei vielen ein Sparprogramm das andere ablöst. Der Gripenkauf entspricht einer unhaltbaren Rosinenpicker-Mentalität, wobei der Gripen nicht einmal eine Rosine ist!

Mithin geht es heute um grundsätzliche finanzpolitische Weichenstellungen, bei welcher es Prioritäten zu setzen gilt: zu Gunsten der Bildung, zur Sicherung der sozialen Sicherheit, des öffentlichen Verkehrs, auch zu Gunsten der Entwicklungshilfe, die richtig eingesetzt friedensfördernd wirkt. Betroffen ist aber auch der Bereich der Sicherheit (Grenzwachtkorps, fehlende Vollzugsplätze), und schliesslich auch die Landwirtschaft.

Der Gripenkauf ist aber auch mit Bezug auf das Armeebudget unverkraftbar. Er führt zu dessen Erhöhung von 4,7 auf 5 Milliarden Franken. Die unnötige Priorisierung neuer Kampfjets ist aber in keiner Weise eingebettet in eine breit abgestützte Armeestrategie. Die liegt nämlich noch gar nicht vor. Zur unbestrittenen Gewährleistung der nötigen 24-Stunden-Überwachung unseres Luftraumes braucht es keineswegs neue Kampfjets, die vorhandenen genügen, richtig eingesetzt, bei weitem. Das sah 2010 der Bundesrat noch gleich, seither hat sich nichts verändert.

Wie bei allen grossen Rüstungsvorhaben erleben wir aber auch einen unglaublichen Lobbyismus der Herstellerfirma Saab. Für sie geht es um alles, denn ohne Zustimmung der Schweiz ginge der Auftrag Schwedens verloren. Völlig dubios sind die Kompensationsgeschäfte, die den bürgerlichen Parteien als Legitimation so wichtig sind. Ohnehin grenzen solche Geschäfte an eine verdeckte Subventionierung der Rüstungsindustrie. Skandalös aber ist auch die völlige Intransparenz dieser Geschäfte. Unsere Wirtschaft hat deshalb grossmehrheitlich nichts vom Gripen.

Bei der Gripenabstimmung geht es nicht um das Schicksal der Schweizer Armee. Sondern um die Verhinderung einer finanzpolitischen Dummheit. Wer uns auf Grund der Krimkrise nun weiss machen will, nun brauche es die Gripen erst Recht, verdeckt nur mit ideologischer Kampfrhetorik die Unsinnigkeit des Gripenprojektes.



Une campagne forte

Discours de Ilias Panchard, Co-Président Jeunes Vert-e-s Suisse

Seules les paroles prononcées font foi.

Bonjour à toutes et tous,

Concernant notre visuel, vous découvrez ici à l'écran notre affiche et à disposition le matériel de campagne s'y référant. Un visuel centré autour de la question du coût de cet achat par rapport à l'état des finances fédérales.

Notre campagne continuera aussi d'être fortement active sur les réseaux sociaux, en particulier sur Facebook où nous nous appuyons sur 11'000 likes pour la page alémanique et 6'000 likes pour la page romande. Cependant, nous comptons bien gagner cette votation dans la rue, ainsi la mobilisation de terrain a déjà commencé et s'amplifiera fortement ces prochains jours.

Nous organiserons aussi des actions communes pendant la campagne, en mettant par exemple en scène le fait que le Gripen E n'existe actuellement que sur papier. Actions dont vous entendrez davantage parler et que vous pourrez suivre ces prochaines semaines.

Concernant notre budget de campagne, nous avons environ 250'000 francs à disposition. Cet argent provient des organisations membres de la coalition et de petites contributions financières. À cela, nous espérons que s'ajouteront d'autres dons pendant la campagne afin que nous puissions encore la renforcer. Notre budget est dans l'ordre de grandeur usuel des campagnes qui ne sont pas financées par de grandes entreprises ou des mécènes. En comparaison avec celui de nos opposants, notre budget est relativement faible mais les arguments, au niveau financier en particulier, sont de notre côté.

Les tâches sont réparties entre les différents membres de la coalition afin de travailler plus efficacement et de mener cette campagne à la victoire. Ainsi, le PS est par exemple responsable du travail avec les médias, le GSsA organise les envois postaux et les Verts coordonnent l'organisation des débats.

Enfin, j'énumère ici nos 3 arguments principaux qui seront développés ensuite par mes collègues. Le premier concerne le gaspillage d'argent public, de l'ordre de plusieurs milliards de francs que représente cet achat. Le deuxième concerne l'avion et le fait qu'il n'existe que sur papier et, enfin, le troisième défend le fait que, même sans nouveaux avions de combat, l'armée de l'air helvétique est très bien équipée et peut parfaitement assurer la police aérienne.

Merci pour votre attention.



„Der Gripen-Kauf ist sicherheitspolitisch unnötig und finanziell ein zu grosses Risiko“

Referat von Evi Allemann, Nationalrätin SP, Mitglied SiK-N, Mitglied Subkommission TTE

Es gilt das gesprochene Wort.

Der Kauf neuer Kampfjets ist nicht nur reine Geldverschwendung, sondern auch sicherheitspolitisch unnötig. Im aktuellen Armeebericht 2010 steht deutlich: „Selbst mit den 33 F/A-18C/D – also vor der Beschaffung eines Tiger-Teilersatzes – sind die Mittel vorhanden, um den Luftpolizeidienst mit eigenen Kampfflugzeugen und aus eigenen Kräften sicherzustellen.“ Angesichts dessen ist es umso unsinniger, derartige technische, finanzielle und politische Risiken einzugehen, wie sie mit dem Kauf der 22 Gripen verbunden sind:

- Risiko der hohen Anzahlungen (finanzielles Risiko)
- Risiko „Papierflieger“ (technisches Risiko)
- Risiko Abhängigkeit von USA / Schweden (politisches Risiko)
- Risiko Saab als Gripen-Hersteller

Finanzielles Risiko: 40% des Kaufpreises vor Lieferung des ersten Jets fällig

Wir alle wissen: Der Gripen E, wie er von der Schweiz bestellt wurde, existiert erst auf dem Papier. Der erste Prototyp soll erst in der zweiten Jahreshälfte 2015 kommen, ein Jahr später als ursprünglich angekündigt. In den Verhandlungen pochte Schweden bekanntlich auf eine happige Vorauszahlung in der Höhe von rund einer Milliarde Schweizer Franken. Gemessen am Kaufpreis von 2.5 Mrd. CHF beträgt der Anteil der Vorauszahlung damit rund 40 Prozent. Das ist weit mehr als üblicherweise angezahlt werden muss. Die erste Anzahlung würde bei einem allfälligen Ja am 18. Mai bereits dieses Jahr anfallen. Noch bevor die ersten Jets im Jahr 2018 geliefert würden, fielen weitere Zahlungen an. Was genau geschieht, wenn das Flugzeug zu spät, nicht in der gewünschten Konfiguration oder gar nicht geliefert würde, blieb auch nach zahlreichen Anhörungen in der SiK-N unklar. Dieses finanzielle Risiko tragen die Schweizer Steuerzahlenden.

Risiko Papierflieger (technisches Risiko)

Da der Gripen E erst auf dem Papier existiert, konnte er in der bestellten Ausführung nie getestet werden. Die Offerte von Saab basierte auf dem Gripen C/D, der Evaluationsbericht bewertet den C/D und berücksichtigt die voraussichtlichen Weiterentwicklungen und Verbesserungen – es sind deren 98 an der Zahl. Die Flugtests fanden mit dem sogenannten Demonstrator statt. Ein nicht fertig entwickeltes Flugzeug zu kaufen ist nicht nur deshalb ein Risiko, weil unsicher ist, ob es je so wie gewünscht fertiggestellt wird, sondern auch deshalb, weil es unerprobt ist.

Das technische Risiko bezieht sich nicht nur auf die Fertigungsentwicklung, sondern auch auf die technischen Mängel des Gripen sowie die Unklarheit, ob diese mit den diversen Anpassungen wirklich ausgeräumt werden können. Mindestens am Anfang des Evaluationsverfahrens

wurde der F/A-18 immer wieder als Referenzmodell herangezogen (siehe S. 18 Bericht Subko TTE). Implizit war klar: Das neue Kampfflugzeug muss mindestens so gut sein wie der F/A-18. Doch das ist es selbst mit den Verbesserungen nicht. Die in den Medien publizierten Auszüge aus zwei Berichten der Luftwaffe zur technischen Evaluation zeigen: Für die zentral wichtigen Luftpolizei-Missionen erhielt der verbesserte Gripen auf einer Skala von 0 bis 10 die Note 5.33; der effektiv getestete Gripen C/D gar nur eine 4.2. Mindestens eine 6 hätte ein Jet erreichen müssen, um die minimalen erwarteten Fähigkeiten zu erfüllen.

Risiko Abhängigkeit von USA / Schweden (politisches Risiko)

Mit dem „Risiko Papierflieger“ hängt auch das nächste Risiko zusammen: das Risiko, dass die Schweiz sich der Macht anderer Staaten ausliefert und noch mehr abhängig wird als heute schon. Das Parlament hat Ja gesagt zum Kauf neuer Kampfjets bevor in allen Teilen klar war, wer welche Komponenten liefern und einbauen wird. Das Beispiel der Kommunikationsbox des US-amerikanischen Rüstungskonzerns Rockwell Collins zeigt dies exemplarisch: Indem die Schweiz einen „Papierflieger“ kauft, gibt sie leichtfertig die Mitbestimmung bei zentralen Bestandteilen des Flugzeugs aus der Hand und läuft nun konkret die Gefahr, die Sicherheit der Kommunikation im neuen Kampfjet nicht gewährleisten zu können. Das widerspricht nicht nur dem ursprünglichen Wunsch des Bundesrates, eine Lösung zu wählen, bei der keine Hintertüren eingebaut werden können, sondern schmälert das Vertrauen in den neuen Jet markant.

Ein Kampfflugzeug ist technologisch extrem komplex. Das Flugzeug an und für sich – der Flugzeugkörper selber – ist nur der kleinste Teil, wenn auch jener, der sichtbar ist und welcher über das Etikett „Saab“ bzw. „Schweden“ entscheidet. Die technologisch entscheidenden Teile sind jedoch etwa das Triebwerk (F414G von GE Aviation, USA) oder die elektronische Ausrüstung (z.B. Kommunikationsbox von Rockwell Collins, USA). Man muss sich das modular vorstellen: Das Flugzeug ist bloss eine Plattform, auf welche irgendetwas geschraubt werden kann. Pointiert gesagt: Der Gripen ist ein Flugzeug, auf dem Schweden steht, in dem aber USA drin steckt. Mit dem Gripen kaufen wir damit auch ein Stück NSA und folglich eine immense Abhängigkeit und Datenunsicherheit mit ein.

Risiko Saab als Gripen-Hersteller

Kaum eine Woche vergeht ohne neue Enthüllungen über den Gripen-Hersteller Saab. Anfangs Jahr versuchte Saab den Abstimmungskampf von aussen zu beeinflussen, plakatierte am Lauberhorn, trat an der Mustermesse Basel (MUBA) auf und zahlte dem Pro-Komitee 200'000.- CHF. Saab versprach nach heftiger Kritik, sich fortan zurückzuhalten, doch dieses Versprechen ist wenig wert: Saab inseriert weiterhin in Schweizer Militär- und Aviatikzeitschriften und wirbt für seinen Jet. Auch rund um den Deal mit Pilatus macht Saab keine gute Figur: Anstatt um 50 Flugzeuge wie früher versprochen, geht es nun plötzlich nur noch um 20 Flugzeuge, wie letzte Woche bekannt wurde. Das Auftragsvolumen ist nur noch halb so gross wie früher von Saab angekündigt.

Die Frage sei erlaubt: Ist ein Unternehmen, das derart nervös, unzuverlässig und intransparent agiert, der richtige Partner für ein 10-Milliarden-Geschäft? Aus unserer Sicht nicht. Deshalb empfehlen wir der Stimmbevölkerung am 18. Mai Nein zum allzu riskanten Gripen-Kauf zu sagen.



Une police aérienne adaptée à nos besoins et à nos ressources financières

Discours de Amanda Gavilanes, secrétaire romande du GSsA

Seules les paroles prononcées font foi.

Mesdames, messieurs les journalistes,

L'actualité récente a permis de mettre en lumière l'importance de la police aérienne dans la protection de l'espace aérien. Cette même actualité a, toutefois, montré qu'il existe des lacunes dans l'actuelle organisation de cette fonction au sein de l'armée. Les avions opérationnels uniquement pendant les heures de bureau ont effectivement défrayé la chronique pendant des jours. Cela a permis aux défenseurs des Gripen de prétendre que ces derniers sont indispensables pour garantir la fonctionnalité et de la police aérienne et la qualité étendue de ses prestations. Ils prétendent, M. Maurer le premier, que le nouveau plan de développement de l'armée (DEVA) ne pourrait être mis en place sans l'achat de ces nouveaux avions de combat. Tout cela est faux. Les actuels F-A/18 suffiront pendant des décennies pour les opérations de police aérienne, comprenant des activités comme la police du trafic aérien, le contrôle des aéronefs non identifiés et la lutte antiterroriste.

A l'heure actuelle, force est de constater que nos forces aériennes nous garantissent une protection efficace, même sans l'achat de nouveaux avions de combat. En comparaison internationale, la Suisse dispose d'une flotte aérienne bien équipée, et cela même après la mise à la retraite des 54 Tigers F-5. Ainsi, les 32 F-A/18, récemment modernisés à grands frais – près de 400 millions de francs suisses – permettraient de garantir les missions de police aérienne, dans un contexte géopolitique pacifié, tel que nous le connaissons à présent.

Aux vues de ces faits, l'achat de 22 Gripen constituerait un investissement aberrant et un luxe inutile, en particulier, lorsque de nombreux cantons sont contraints de revoir leurs finances à la baisse et de procéder à des coupes budgétaires drastiques dans des domaines d'une importance pourtant capitale comme, la santé, la formation ou encore la sécurité publique. L'acquisition de Gripen implique donc qu'il faudra épargner ailleurs. Et peu importe quel est le fond qui servira à les acquérir. Il n'est pas possible de dépenser le même franc deux fois. Les contribuables suisses ne doivent pas être pris en otage par des considérations.

Pour toutes ces raisons, le GSsA s'allie aux autres membres du comité « Non aux milliards pour des nouveaux avions de combat » et vous invite à voter non le 18 mai prochain !



Konkrete Beispiele für Sparzwang

Referat von Fabian Molina, Präsident JUSO Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Auch für die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge gilt, worauf bürgerliche Finanzpolitikerinnen und Finanzpolitiker normalerweise bei jeder Gelegenheit hinweisen: Ein Steuerfranken kann nur einmal ausgegeben werden. Die rund 10 Milliarden Franken, die der Gripen die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler im Laufe der nächsten 35 Jahre kosten würde, fehlen bereits heute an allen Ecken und Enden und könnten sinnvoller eingesetzt werden. Warum die bürgerliche Parlamentsmehrheit für einmal auf ihre finanzpolitische Rigidität verzichtet, kann nur mit ideologischer Verblendung oder dem Erfolg der Lobbyisten erklärt werden.

In 18 Kantonen und unzähligen Gemeinden werden zurzeit Sparpakete umgesetzt oder sind geplant. Im Rahmen dieser Sparpakete wird etwa bei der Bildung, den Sozialausgaben oder im Gesundheitsbereich gespart. Überfällige Investitionen werden hinausgeschoben oder verhindert. Die langfristigen finanziellen und volkswirtschaftlichen Folgen dieser Abbaupolitik sind heute noch nicht absehbar. Klar ist aber, dass mit 10 Milliarden Franken ein enormer Beitrag an die Finanzierung öffentlicher Leistungen gemacht werden könnte. Ein paar Beispiele:

10 Milliarden: Das ist 20 Mal mehr als der Kanton Zürich 2011 für die berufliche Grundbildung ausgegeben hat. Und mehr als 43 Mal mehr als der Kanton Basel-Stadt für seine Gymnasien. Knapp 10 Milliarden, nämlich 9,6 Milliarden, ist auch der Betrag, den der Bund insgesamt für die eidgenössisch-technischen Hochschulen ausgibt. Der Gesellschaftliche Output ist hier doch klar ersichtlich. Wäre der politische Wille vorhanden, könnte man also mit demselben Geld Bildungspolitisch völlig neue Massstäbe setzen.

Auch der angebliche Sparzwang bei den Sozialwerken relativiert sich bei solchen Summen: Mit 10 Milliarden Franken könnten etwa die Schulden, welche die Invalidenversicherung nach Auslauf der Mehrwertsteuer-Gelder bis 2027 zurückzahlen muss, fast vollständig decken. Die IV wäre auf einen Schlag nicht mehr nur solide finanziert, sondern schuldenfrei.

Zu erwähnen ist auch der öffentliche Verkehr: Die Vorlage zur Finanzierung- und zum Ausbau der Bahninfrastruktur FABI, welche die Stimmbevölkerung am 9. Februar deutlich angenommen hat, sieht für den Ausbauschnitt 2015 6,4 Milliarden Franken vor – ein finanzpolitisch grosser Brocken, wie man insbesondere auf bürgerlicher Seite fand. Mit diesem Geld wird die Erschliessung von 20 Strecken in der Schweiz für Millionen von Menschen verbessert – für 3,6 Milliarden weniger als uns neue 22 Flugzeuge kosten würden.

3,6 Milliarden: Das ist der Betrag, der für die Initiative AHVplus des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes veranschlagt wird. AHVplus, verlangt leicht höhere Renten für alle in der 1. Säule. Das Hauptargument dagegen: Unbezahlbar. Das Zahlenbeispiel zeigt aber im Gegenteil: Mit 10 Milliarden liessen sich nicht nur bessere AHV-Renten finanzieren, sondern gleich noch ein massiver Ausbau des öffentlichen Verkehrs.

Für uns ist deshalb klar: Investitionen in Bildung, Infrastruktur oder die soziale Wohlfahrt tragen weit mehr zu Wohlstand und Sicherheit der Bevölkerung bei, als überteuerte Papierflieger. Wir sagen deshalb am 18. Mai auch aus finanzpolitischen Überlegungen Nein zum Gripen-Kauf.